

Für einen industriellen Wandel hin zu einer grünen und digitalen Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen, fairen und sozialen Zukunft in Europa müssen eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Die Pandemie hat die Notwendigkeit einer wesentlich breiteren und stärkeren Beteiligung der Sozialpartner und der

Zivilgesellschaft auf allen Ebenen der Politikgestaltung verdeutlicht, insbesondere für die Sozialagenda. Nach Auffassung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses muss die wechselseitige Ergänzung zwischen Klimawandel, politischen Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und sozialer

Verantwortung von Unternehmen unbedingt anerkannt werden. Die kreislaufforientierten Merkmale der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien sind herauszustellen. Für den industriellen Wandel sind Arbeitgeber, Unternehmer und das Engagement der Privatwirtschaft als dynamisches Element im

Strukturwandel unverzichtbar. Innovationen gehen typischerweise von kleineren Unternehmen aus. Deshalb sollte schwerpunktmäßig ein freundliches Umfeld für kleinere und mittlere Unternehmen geschaffen und deren Potenzial gefördert werden. Sie sind häufig Vorreiter bei der Marktpositionierung verwandter Branchen, und

sie sind zuverlässige und krisenfeste Arbeitgeber. Auch die Erfahrungen sozialwirtschaftlicher Unternehmen und Organisationen sollten genutzt werden, denn sie arbeiten überwiegend in Bereichen, die vom digitalen und ökologischen Wandel betroffen sind. Deshalb müssen solche Unternehmen und

soziale Innovationsprozesse gefördert werden. Es sollte ein Mechanismus eingerichtet werden, um Finanzmittel des Privatsektors in Investitionen zu lenken, die den Umwelt- und Sozialkriterien entsprechen. Die Strategien für die Bankenunion, die Kapitalmarktunion, das nachhaltige Finanzwesen und das

digitale Finanzwesen verstärken sich daher gegenseitig und garantieren, dass in einer Wirtschaft, deren Finanzierungsbedarf vom Bankensektor abhängt, die Mittel in produktivere Projekte fließen. Die Rolle der Regionen sollte auf der politischen Tagesordnung des Übergangsprozesses mehr Gewicht bekommen.

Zentrale Aspekte sind die langfristige Planung, eine starke Ortsbezogenheit, intelligente Spezialisierung und die Vereinbarkeit langfristiger Ziele für den Übergang mit kurzfristigen Prioritäten. Der Ausschuss ist der Auffassung, dass die Finanzierungs- und Unterstützungsinstrumente für

Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Übergang durch nationale Mittel ergänzt werden müssen. Dabei ist eine Koordinierung zwischen den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen unerlässlich. Um ausreichende Finanzmittel zu gewährleisten, spricht sich der Ausschuss außerdem für ein breiteres Spektrum

an Eigenmitteln aus. Voraussetzung für einen erfolgreichen Übergang ist eine Agenda für Personalressourcen. Zahlreiche Akteure, darunter Bildungseinrichtungen, Arbeitgeber, Gewerkschaften, öffentliche Arbeitsverwaltungen und Berufsverbände müssen bei der Kompetenzentwicklung und der

Vorwegnahme des vollständigen künftigen Bedarfs an neuen und an traditionellen Qualifikationen an einem Strang ziehen. Der Ausschuss begrüßt den angekündigten Aktionsplan zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte. Der einschlägige Besitzstand im Bereich des Arbeitsrechts sollte gestärkt werden, um den

gerechten Übergang für die Arbeitnehmer besser zu unterstützen. Der Aktionsplan sollte ein Mindestmaß an Rechten festlegen, unter anderem das Recht auf Gesundheit und Sicherheit für alle Arbeitnehmer, Unterrichts-, Anhörungs-, Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte, die nicht auf Übergangssituationen

beschränkt sind. Die Unternehmen und Arbeitnehmer leiden unter den massiven sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Viele Unternehmen müssen aufgeben. Arbeitsplätze verschwinden und Haushalte verlieren ihre Lebensgrundlage. Trotz beispielloser wirtschaftlicher Rettungsmaßnahmen zeichnen die

Wirtschaftsprognosen ein sehr besorgniserregendes Bild. Der Ausschuss ist der Auffassung, dass eine gute Unternehmensführung mit einer gemeinsamen Antizipierung des Wandels auf den bewährten rechtlichen Mindeststandards des Binnenmarkts beruhen muss. Die Arbeitnehmer müssen sich über ihre Unterrichts-,

Anhörungs- und Mitbestimmungsrechte auf der Führungsebene der Unternehmen Gehör verschaffen können. Digitalisierung und Automatisierung sind für Wirtschaft und Gesellschaft ein zweischneidiges Schwert. Dieser Übergang erfordert eine Regulierung, die dem technischen Fortschritt folgen

beziehungsweise den Wandel vorwegnehmen kann, indem zum Beispiel die Sozialpartner einbezogen werden. Dazu gehört, die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer zu gewährleisten und Tarifverträge auszuhandeln, um die Selbstbestimmung bei der Arbeit und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu

fördern. Mit der Digitalisierung und der Internetwirtschaft sind auch neue Formen der Arbeit aufgekommen, wie etwa die Plattformwirtschaft, bei denen die Arbeitnehmer weder soziale Absicherung noch Arbeitsplatzsicherheit genießen und häufig unter sehr bedenklichen Bedingungen und mit unklarem Status für

die Plattform arbeiten. Ihre Arbeitsbedingungen und ihr Status müssen harmonisiert werden, um faire Mobilität und Integration in den Binnenmarkt zu fördern. Nach Auffassung des Ausschusses muss für diese Arbeitnehmer Rechtssicherheit im Wege eines rechtlichen Status für Arbeitnehmer in der digitalen

Plattformwirtschaft geschaffen werden. Schlechter oder nicht vorhandener Sozialschutz belastet nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Kassen der Sozialversicherungssysteme. Der digitale Wandel birgt auch potenzielle Risiken in Bereichen wie Finanzstabilität und Verbraucherschutz. Diese Risiken könnten

sich aufgrund der uneinheitlichen globalen Entwicklung und der Regulierung dieses Bereichs noch vergrößern. Ferner empfiehlt er, ihre Initiative zur Besteuerung der großen Unternehmen in der Internetwirtschaft weiterzuverfolgen. Die Arbeitnehmer müssen in der Lage sein, sich auf den Arbeitsmarkt und die

bereits im Gange befindlichen Veränderungen der Wirtschaft angemessen vorzubereiten. Dies ist für das industrielle Wachstum und den allgemeinen wirtschaftlichen Erfolg grundlegend. Neue und höhere Qualifikationen, auch für Arbeiter, fordern unsere Betriebsbildungssysteme heraus. Höhere Qualifikationen erfordern

mehr Berufsbildungsmaßnahmen in besonderen Bildungseinrichtungen. Im Vergleich zu den am besten konzipierten ursprünglichen Systemen der Lehrlingsausbildung sind fehlende nationale Rahmen und Qualitätskontrollen problematisch, ebenso wie der Übergang von der ursprünglichen

Lehrlingsausbildung zur besonderen Bildung. Zusammenarbeit und Innovation wird in der Zukunft sowohl der Zivilgesellschaft als auch den Regierungen auf allen Ebenen abverlangt werden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Der Ausschuss stellt fest, dass digitale Technologien und Anwendungen künstlicher

Intelligenz dem Menschen dienen und unserer Gesellschaft insgesamt zugutekommen sollten. Er spricht sich für einen Regelungsrahmen für künstliche Intelligenz aus. Allerdings besteht für einige Orte und bestimmte Bevölkerungsgruppen, darunter insbesondere schutzbedürftige Gruppen, wie Menschen mit

Behinderungen, ältere Menschen, Roma und Migranten, die Gefahr, abgehängt zu werden. Die Bewältigung der mit dem langfristigen Wandel verbundenen Herausforderungen erfordert ein frühzeitiges Sich-Einstellen auf den Wandel und ein aktives Übergangsmanagement seitens der politischen Entscheidungsträger,

der Sozialpartner, der Organisationen der Zivilgesellschaft und der wichtigsten Interessenträger in den betroffenen Ländern und Regionen. Dazu gehören ebenfalls sozialer Dialog, Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungsorganisationen, zum Beispiel Vorstände und

Aufsichtsräte. Sie spielen eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung und Gestaltung von Unternehmensentscheidungen, um Übergänge zukunftsorientiert zu bewältigen. Der Ausschuss fordert die Kommission auf, die soziale Dimension in der künftigen aktualisierten Industriestrategie auszubauen und

weiterzuentwickeln. Die Bewältigung der Pandemie und die Ermöglichung eines erfolgreichen industriellen Wandels sind im Interesse aller. Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen und gemeinsamer Ziele, zum Beispiel langfristiger Unternehmensentwicklung sowie eines wirksamen sozialen Dialogs

in einem Klima des Vertrauens. Dafür ist auch eine positive Grundhaltung erforderlich. Der Ausschuss stellt neuerdings fest, dass Freiberufler hochwertige wissensbasierte Dienstleistungen anbieten. Sie sind häufig Vorreiter bei der Marktpositionierung verwandter Branchen, und sie sind zuverlässige und krisenfeste

Arbeitgeber. Sozialwirtschaftliche Unternehmen und Organisationen sind vornehmlich in den vom digitalen und ökologischen Wandel erfassten Bereichen tätig. Demnach müssen ihre Aktivitäten und soziale Innovationsprozesse gefördert werden. Der Ausschuss ist der Meinung, dass die neuen

Technologien und die künstliche Intelligenz Umwälzungen bewirken. Die Produktionsverfahren werden auch den Arbeitsmarkt tiefgreifend verändern. Diese Veränderungen müssen sich im Rahmen eines fruchtbaren sozialen Dialogs und unter Wahrung der Rechte und der Lebensqualität der Arbeitnehmer vollziehen. Eine

enge Zusammenarbeit zwischen wichtigen lokalen und regionalen Akteuren ist unerlässlich, um besonders nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten zu finden und die sozioökonomische Entwicklung möglichst gut voranzubringen. Die bewährten Verfahren der Sozialpartner auf allen Ebenen auf der Grundlage

von Tarifverträgen, die gleiche Wettbewerbsbedingungen für wirtschaftliche Wettbewerber in einer Branche oder einer Region schaffen, bilden den Maßstab, an dem eine Strategie für einen gerechten Übergang in Bezug auf die Dekarbonisierung und andere klimapolitische Ziele ausgerichtet werden könnte. Der Übergang

zu einer klimaneutralen Wirtschaft stellt die politischen Entscheidungsträger vor komplexe ordnungspolitische Aufgaben. Davon besteht eine darin, die langfristige strategische Dimension des Übergangs und drängende, kurzfristige Maßnahmen auf einen Nenner zu bringen. Der Übergang erfordert

strategischen Weitblick und eine langfristige Politikgestaltung. Gleichzeitig muss den Wahlzyklen und den mit ihnen verbundenen Wünschen der Regierungen und anderer Interessenträger Rechnung getragen werden, die Ergebnisse bei den durchgeführten Projekten sehen wollen. Einer der wichtigsten Steuerungsmechanismen für

die Umsetzung und Überwachung der Fortschritte eines sozial gerechten Übergangs ist das neuerdings angebotene europäische Semester. Es ist von größter Bedeutung, die Politik in ihrer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimension fortlaufend zu bewerten. Die soziale Komponente wurde erst nach

und nach entwickelt, die fiskalische Ausrichtung ist immer noch dominierend. Der Ausschuss schlägt daher vor, neuartige, verbesserte, quantitative und komplementäre Indikatoren aufzunehmen. Mit ihrer Hilfe sollen sämtliche Aspekte der Säule sozialer Rechte und ihrer Grundsätze erfasst und verfolgt

werden. Der industrielle Wandel ist so vielschichtig, dass eine Einheitslösung für die Entwicklung neuer industrieller Pfade kaum zu finden ist. Während sich für einige Wirtschaftszweige ein Niedergang mit einem umkehrbaren Rückgang der Wirtschaftsproduktion und der Beschäftigung abzeichnet, werden

andere Branchen drastische Umstrukturierungen durchlaufen müssen. Dies bedarf eines umfassenden politischen Ansatzes und massiver öffentlicher und privater Investitionen und muss mit reibungslos funktionierenden lokalen und regionalen Arbeitsmärkten einhergehen. Langfristige Ziele für den Übergang

müssen mit kurzfristigen Prioritäten in Einklang gebracht werden, was durchaus mit Schwierigkeiten verbunden sein kann. Unter Umständen ist es nicht leicht, die Zustimmung der Öffentlichkeit für politische Maßnahmen zu finden, deren Wirkung nicht sofort erkennbar ist. Regionen im Strukturwandel befinden

sich diesbezüglich in einer schwierigen Lage. Einerseits haben sie infolge des Niedergangs ihrer traditionellen Industrien einen unmittelbaren Handlungsbedarf. Sie müssen Probleme lösen wie höhere Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste, schlechtere Lebensbedingungen für Teile der Bevölkerung, insbesondere

benachteiligte und schutzbedürftige Gruppen, zum Beispiel Menschen mit Behinderungen oder ältere Menschen. Andererseits dürfen sie aber auch nicht die Chancen ungenutzt lassen, die sich durch die Modernisierung der Industrie auftun, wie die Ansiedlung von Industrien, die einen höheren Mehrwert bieten,

oder wenn neue Unternehmen beziehungsweise Geschäftsmodelle gegründet oder angezogen werden, die Grundlagentechnologien besser nutzen. Ein diesbezügliches Scheitern hätte politische Folgen, auch hinsichtlich der Unterstützung des Klimaschutzes. Die Rolle der Regionen im Übergangsprozess sollte auf der

europäischen politischen Tagesordnung mehr Augenmerk bekommen. Regionale Verwaltungen einzubeziehen, könnte zum Entstehen der für den erfolgreichen Wandel notwendigen Ökosysteme beitragen. Die Voraussetzungen dafür sind eine nachdrückliche Langzeitplanung, Ortsbezogenheit, intelligente Spezialisierung

und ein Entwicklungsplan für Personalressourcen. Einige Regionen, insbesondere die Kohle- und Stahlregionen haben bereits einen wirtschafts- oder klimapolitisch bedingten Wandel durchlaufen müssen. Die wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Übergang ist ein inklusiver, antizipierender

Ansatz, damit den Bürgern gute Zukunftsperspektiven geboten werden können. Dazu gehören die Erstellung eines realistischen Plans, der Aufbau der erforderlichen Forschungsinfrastruktur und die Bereitstellung der technischen, innovativen, akademischen und pädagogischen Einrichtungen sowie die erforderlichen

Finanzmittel. Europäische Instrumente zur Unterstützung dieser Regionen können dabei die nationalen Anstrengungen um eine angemessene Finanzierung nicht ersetzen. Der industrielle Wandel bietet enorme Chancen, die allerdings nur genutzt werden können, wenn mit Nachdruck in moderne Herstellungsverfahren, zugängliche

Infrastrukturen sowie Forschung und Entwicklung investiert wird. Dabei entstehen anfänglich Kosten, darunter Einkommensersatzleistungen und Ausgaben für die Umschulung der Arbeitskräfte. Auf nationaler und europäischer Ebene gibt es mittlerweile zahlreiche Instrumente für übergangsbegleitende

Maßnahmen und Projekte. Das Ziel eines gerechten Übergangs wurde auch im Aufbauplan bekräftigt. Allzu oft wird die politische Unterstützung auf verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen ohne beziehungsweise mit mangelhafter Koordinierung konzipiert und durchgeführt. Zudem bestehen

Schwachstellen bei Monitoring und Evaluierung. Der Ausschuss fordert auf, zur Deckung des Investitionsbedarfs für einen echten und umfassenden ökologischen und digitalen Wandel den Mittelansatz zu erhöhen und ausreichend Mittel bereitzustellen. Damit ausreichende Finanzmittel bereitstehen, plädiert der

Ausschuss außerdem für eine breitere Palette an Eigenmitteln. Diese könnten auch eine Digitalsteuer und eine Finanztransaktionssteuer umfassen. Der Ausschuss unterstützt ferner die Verbesserung der haushaltspolitischen Steuerung, die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken und die Überprüfung

bewährter Verfahren der umweltgerechten Haushaltsplanung. Darüber hinaus sind steuerliche Anreize nötig, damit Unternehmen und Einzelpersonen in grüne Initiativen mit sozialer Wirkung investieren. Die Herausforderungen für Europa beim Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft erfordern massive

Investitionen, die von der öffentlichen Hand und über die herkömmliche Finanzierung durch Bankkredite allein nicht aufgebracht werden können. Der Privatsektor wird enorme Mittel für Investitionen einsetzen müssen. Es sollte ein Mechanismus eingerichtet werden, um Finanzmittel des Privatsektors in

Investitionen zu lenken, die den Umwelt- und Sozialkriterien entsprechen. Die Strategien für die Bankenunion, die Kapitalmarktunion, das nachhaltige Finanzwesen und das digitale Finanzwesen verstärken sich daher gegenseitig und garantieren, dass die Mittel in produktivere Projekte fließen. Antizipation

und Einbeziehung der Arbeitnehmervertreter auf Branchen- und Betriebsebene vor einer Beschlussfassung sind von zentraler Bedeutung. Es ist entscheidend, den Strukturwandel durch politische Maßnahmen zu flankieren, um Arbeitnehmern und der Bevölkerung vor Ort, insbesondere Arbeitnehmern mit

Behinderungen sowie anderen schutzbedürftigen Gruppen zu helfen, den Übergang möglichst unbeschadet zu überstehen und gleichzeitig den potenziellen Nutzen zu maximieren. Ein erfolgreicher Übergang in die Zukunft der Arbeit erfordert eine für die lokalen Arbeitsmarktbedingungen maßgeschneiderte

Beschäftigungs- und Qualifizierungsstrategie. Gleichzeitig muss das Qualifikationsangebot auf den Bedarf abgestimmt werden. Eine bessere Antizipation des künftigen Qualifikationsbedarfs und ein angemessenes Angebot an Arbeitnehmern durch Umschulung und Weiterqualifizierung, einschließlich des Zugangs zu lebenslangem

Lernen, müssen mit Maßnahmen kombiniert werden, die Investitionen in neue Quellen für Beschäftigung und Produktivitätswachstum anregen. Forschung und Entwicklung in der Industrie müssen speziell nach Möglichkeiten suchen, eine Technologieführerschaft aufzubauen, die wiederum Möglichkeiten

für die Weiterqualifizierung schaffen würde. Technische Institute, Berufsverbände und Nichtregierungsorganisationen sowie öffentliche Arbeitsvermittlungen werden ebenfalls eine wichtige Unterstützung in Form von Umschulungsprogrammen liefern können. Der Ausschuss stellt fest, dass die Unterstützung von

Menschen durch Schulungen im Rahmen eines gerechten digitalen und ökologischen Wandels mit der Zuverlässigkeit des nichtformalen und informellen Lernens sowie mit der Gewährleistung der Anerkennung und Zertifizierung von Ausbildungen beginnt, sodass dieser Teil vollwertiger

Qualifikationen werden können. Der digitale Wandel darf nicht gebremst werden, und die Europäische Union sollte die Entwicklung von künstlicher Intelligenz fördern, die auf spezifische Anwendungen ausgerichtet ist, um den ökologischen Wandel und die klimapolitische Wende zu beschleunigen. Ein

großer Innovationsbedarf zeichnet sich ab. Er betrifft die Schaffung neuer emissionsarmer Entwicklungs- und Produktionsverfahren und geht bis hin zu Innovationen, die nicht nur die verstärkt kreislaforientierten Wertschöpfungsketten der Grundstoffindustrie, sondern auch deren Energieversorgung

betreffen. Außerdem müssen die aussichtsreichsten Technologien auch im industriellen Maßstab einsetzbar sein. Eine zügige politische Unterstützung ist gefordert, um neue kohlenstoffarme Produktionswege und eine entsprechende Materialwirtschaft einzuführen und sie umfänglich zum Einsatz zu bringen. Die

Veränderungen, die für einen gerechten Übergang erforderlich sind, bedürfen eines gemeinsamen Rahmens, um Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft für gezielte Problemlösungen zu mobilisieren. Soziale Innovation spielt dabei eine herausragende Rolle. Ein wichtiger diesbezüglicher Schritt

könnte darin bestehen, eine umfassende Strategie für soziale Innovation zu entwickeln. Die sozialwirtschaftlichen Akteure werden dabei stärker anerkannt und ihre Geschäftsmodelle geprüft und gegebenenfalls übernommen. So könnte ein Ökosystem für die auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene geförderte

Erprobung entwickelt werden. Der Unternehmergeist und das Engagement der Privatwirtschaft sind die treibenden Kräfte des Strukturwandels und somit der Schlüssel zum industriellen Wandel. Hartnäckige Hindernisse für innovatives Unternehmertum findet man häufig dort, wo es ein starkes industrielles Erbe,

auffallend wenige Unternehmensneugründungen, schwache Unternehmensexpansion, eine unterentwickelte Unternehmerkultur, Innovationsschwäche und schwache Wissensnetze gibt. Da Innovationen typischerweise von kleinen Einheiten ausgehen, muss schwerpunktmäßig das Potenzial von kleinen und mittleren

Unternehmen finanziell gefördert werden. Um Teile des Lockdowns auf Arbeitsplätze und Unternehmen abzufedern, zeichnen die Wirtschaftsprognosen ein sehr besorgniserregendes Bild. Schlüsselindustrien und deren verschiedenen Sektoren, von den Personalressourcen bis zur Forschung, müssen benannt und

unterstützt werden. Davon ausgehend soll eine Industriepolitik geführt werden, die diese strategischen Sektoren auf dem Markt schützt und die Sicherheit der Versorgung mit den wichtigsten Ressourcen gewährleistet. Die Industriepolitik sollte auf umfassende Weise die verschiedenen Politikbereiche übergreifend

koordinieren. Das ist nicht mit kleinem Management gleichzusetzen, sondern es geht darum, die Politiken so abzustimmen, dass sie zusammenhängend sind und den Wandel fördern. Dieser Prozess wird nur möglich sein, wenn die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner aktiv daran teilnehmen.

Ohne einen sozialen Deal, der auf einer demokratischen und wirksamen Teilhabe der Bürger der Europäischen Union beruht, wird es keinen für alle vorteilhaften grünen Deal geben. Im Zusammenhang mit dem ökologischen und technologischen Wandel ist viel von einem gerechten Übergang die Rede. Der Ausschuss ist

der Auffassung, dass der gerechte Übergang sowohl im Haushalt als auch im Aufbauplan eine zentrale Komponente sein und zu einer grüneren Wirtschaft führen muss. Deshalb ist über den Kohleausstieg hinaus ein breiteres Verständnis des Begriffs gerechter Übergang erforderlich. Die Säule sozialer Rechte muss

auf der Basis eines neuen Sozialvertrags vollständig umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen die Umverteilungssysteme reformiert und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie die Geschlechtergleichstellung gefördert werden. Bei der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte sind folgende Aspekte

besonders wichtig: gute Arbeitsplätze für alle, Zugang zu hochwertiger allgemeiner und beruflicher Bildung, wozu auch das Recht auf lebenslanges Lernen gehört. Dies gilt insbesondere auch für die schutzbedürftigen Gruppen. Gesundheitsversorgung und soziale Dienstleistungen sind erforderlich für alle.

Besonders erforderlich sind Sozialschutz und die Inklusion von schutzbedürftigen Gruppen, für Langzeitarbeitslose, Frauen, Jugendliche, Migranten oder Menschen mit Behinderungen. All diese wichtigen Ziele können erreicht werden, wenn es eine florierende Wirtschaft gibt, Arbeitgeber neue und hochwertige

Arbeitsplätze schaffen und die notwendigen Investitionen in neue Technologien getätigt werden. Länder und Regionen, die sich im industriellen Wandel befinden, stehen in der Regel vor Herausforderungen bei der Modernisierung ihrer Industrie, der Verbesserung der Qualifikationen ihrer Arbeitnehmer, dem

Ausgleich von Arbeitsplatzverlusten in Schlüsselbranchen und der Verbesserung einer niedrigen Produktivität, die dem Einkommenswachstum Grenzen setzt.